



21. Februar 2024

Ergebnisbericht des Vernehmlassungsverfahrens

Verpflichtungskredit für das Forschungsförderinstrument SWEETER (SWiss research for the EnErgy Transition and Emissions Reduction) für die Jahre 2025–2036



Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	3
1.1.	Ausgangslage.....	3
1.2.	Ablauf und Adressaten	3
1.3.	Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden	3
2.	Ergebnisse der Vernehmlassung	4
2.1.	Allgemeine Rückmeldungen	4
2.2.	Rückmeldungen zu Erfahrungen mit SWEET	5
2.3.	Rückmeldungen zur Weiterentwicklung von SWEET zu SWEETER	5
2.4.	Rückmeldungen zur Zusammenarbeit mit dem BAFU.....	5
2.5.	Rückmeldungen zur Ansiedlung des Programms beim BFE	5
2.6.	Rückmeldungen zur Finanzierung	6
2.7.	Rückmeldungen zum Vollzug.....	6
2.8.	Rückmeldungen zu Leitthemen.....	7
2.9.	Rückmeldungen zum Einbezug der Sozial- und Geisteswissenschaften	8
2.10.	Rückmeldungen zum Einbezug der Privatwirtschaft.....	8
2.11.	Rückmeldungen zum Wissens- und Technologietransfer.....	8
2.12.	Weitere Rückmeldungen.....	9
3.	Abkürzungsverzeichnis	10
4.	Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden.....	11

1. Einleitung

1.1. Ausgangslage

Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung zur Vorlage für einen Verpflichtungskredit von 135 Millionen Franken für das Forschungsförderinstrument SWEETER (SWiss EnErgy research for the Energy Transition and Emissions Reduction) in den Jahren 2025–2036 durchgeführt. SWEETER stellt eine Weiterentwicklung des Forschungsförderinstrumentes SWEET (SWiss Energy research for the Energy Transition) des Bundesamts für Energie (BFE) dar. Mit den beantragten Mitteln plant das BFE zusammen mit dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) acht weitere Ausschreibungen zu Themen, die zur Erreichung der Ziele der Energiestrategie 2050 und der langfristigen Klimastrategie beitragen, durchzuführen.

1.2. Ablauf und Adressaten

Der Bundesrat eröffnete das Vernehmlassungsverfahren am 9. Juni 2023. Die Vernehmlassung dauerte bis zum 29. September 2023. Es wurden 266 Akteurinnen und Akteure eingeladen, Stellungnahmen abzugeben.

Die Vernehmlassungsunterlagen und Stellungnahmen können unter www.admin.ch > Bundesrecht > Vernehmlassungen > Abgeschlossene Vernehmlassungen > 2023 > UVEK bezogen werden.

1.3. Übersicht über die Vernehmlassungsteilnehmenden

Im Rahmen der Vernehmlassung sind insgesamt 62 Stellungnahmen eingegangen.

Teilnehmende nach Kategorie	Eingegangene Stellungnahmen
Kantone und Städte	26
In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien	5
Kommissionen und Konferenzen	3
Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete	1
Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft	3
Gas- und Erdölwirtschaft	
Elektrizitätswirtschaft	
Industrie- und Dienstleistungswirtschaft	4
Verkehrswirtschaft	5
Gebäudewirtschaft	1
Konsumentenorganisationen	
Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen	2
Organisationen der Wissenschaft	4
Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbaren Energien und Energieeffizienz	3
Weitere energiepolitische und energietechnische Organisationen	1
Weitere Vernehmlassungsteilnehmende	4
Total	62

2. Ergebnisse der Vernehmlassung

Der vorliegende Bericht fasst die eingegangenen Stellungnahmen zusammen, ohne dabei Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben¹.

2.1. Allgemeine Rückmeldungen

Unter den 25 Kantonen, die Stellung genommen haben, befürworten 24 das Vorhaben (AG, AI, AR, BE, BL, BS, FR, GE, GR, JU, LU, NE, NW, OW, SG, SH, SO, SZ, TG, TI, VD, VS, ZG, ZH). Der Kanton UR hat keine Bemerkungen eingebracht. Die Stadt Zürich, die FDP, die GLP, die Mitte, die SP, die Eidgenössische Energieforschungskommission (CORE), der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR), der Schweizerische Städteverband (SSV), der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), die Fédération des Entreprises Romandes (FER), scienceindustries, Swissmem, der Auto Gewerbe Verband Schweiz (AGVS-UPSA), auto-schweiz, strasseschweiz, der Touring Club Schweiz (TCS), der Schweizerisch-Liechtensteinische Gebäudetechnikverband (Suissetec), BirdLife Schweiz, Greenpeace Schweiz, die Akademien der Wissenschaften Schweiz, der ETH-Rat, Swisuniversities, die Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz (AEE Suisse), Geothermie Schweiz, Thermische Netze Schweiz (TNS), die Schweizerische Energie-Stiftung (SES), das Centre Patronal, die Handelskammer beider Basel und die Universität Basel begrüssen das Vorhaben ebenfalls.

Gemäss FDP trägt SWEETER dazu bei, dass die Schweiz ein Bildungs-, Forschungs- und Innovationsstandort auf international höchstem Niveau bleibt. Die GLP merkt an, dass die starke Resonanz von Wissenschaft, Privatwirtschaft und weiteren Organisationen das grosse Interesse am Programm unterstreichen. Auto-schweiz und strasseschweiz sehen das grosse Interesse der Privatwirtschaft an SWEET ebenfalls als positiv und wichtig an. Der Kanton FR, die Akademie der Wissenschaften Schweiz, der Schweizerische Nationalfonds (SNF) und die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) begrüssen den inter-/transdisziplinären Ansatz bzw. Ausrichtung von SWEETER.

Swissmem schreibt, dass der Verband die Mittelvergabe für eine monothematische Forschungsförderung in der Regel ablehnt, bei SWEET und SWEETER aber die breiten abgesteckten Fragestellungen, den inter- und transdisziplinären Ansatz und die Verknüpfung mit dem Pilot- und Demonstrationsprogramm des BFE begrüsst.

Die Kantone AR und AI sehen den Forschungsbedarf in Anbetracht der hohen volkswirtschaftlichen Schäden durch Stromausfälle und -mangellagen und dass weniger als 30 Jahre verbleiben, um die Energie- und Klimastrategien zu erreichen, als ausgewiesen an. Die Innosuisse hält fest, dass SWEETER einen wichtigen Beitrag zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung leisten kann.

Die SVP ist der Ansicht, dass das Problem der Versorgungssicherheit weder mit SWEET noch mit SWEETER gelöst ist. Sie fügt hinzu, dass die Notwendigkeit eines neuen Verpflichtungskredits sich nicht abschliessend beurteilen lasse. Die Vorlage sei zur Überarbeitung zurückzuweisen und die Resultate der bisherigen Forschungsausgaben auszuweisen. Die SVP wertet die Anerkennung der Versorgungssicherheit bzw. der Bekämpfung von Strommangellagen als «dringender weiterer Forschungsbedarf» als positiv.

Der Schweizerische Gewerbeverband (SGV) lehnt die Vorlage ab. Er ist der Ansicht, dass die Unterlagen den Nutzen des Programms nicht belegen und die Ausführungen zu SWEETER «nebulös» sind. Der SGV beantragt angesichts der «fahrlässigen Ressourcenverschwendung» die Streichung des Programms.

Die Universität Basel schreibt, dass die Forschung ohne weiteren Verpflichtungskredit «zersplittern» würde und dass dies negative Folgen hätte: Die Gesamtperspektive auf das Energiesystem und die Energiewende würde fehlen und bestehende Forschungsnetzwerke würden verfallen. Sie stellt

¹ Für die Überarbeitung der Vernehmlassungsvorlage wurden alle Stellungnahmen gemäss Artikel 8 des Bundesgesetzes über das Vernehmlassungsverfahren (VIG; SR 172.061) zur Kenntnis genommen, gewichtet und ausgewertet

fest, dass es keine anderen Instrumente gibt, die ähnlich grosse und lange Projekte unterstützten und neue Ansätze und stark anwendungsorientierte Forschung erlauben. Laut der Universität Basel zeigt die abschliessende Evaluation der SCCER, dass grosse Forschungsförderprogramme eine erhebliche und für die Energiewende wichtige wissenschaftliche und praktische Wirkung entfalten.²

Die CORE hält fest, dass es angesichts der dringend anzugehenden Herausforderungen im Klima- und Energiebereich das falsche Signal wäre, SWEET nicht weiterzuführen.

Der ETH-Rat sieht SWEETER als ein wichtiges Förderinstrument.

2.2. Rückmeldungen zu Erfahrungen mit SWEET

Die Kantone AG, BS, NW, VS sowie die GLP, die SP, der SGB, der SWR, swissuniversities, die Universität Basel, die Akademien der Wissenschaften Schweiz und das Centre Patronal halten fest, dass die bisherigen Erfahrungen mit SWEET positiv sind. Beispielsweise merken der Kanton BS und die Universität Basel an, dass das Programm bisher «sehr erfolgreich» verläuft und eine wichtige Lücke in der Forschungsförderung schliesst. Der Kanton VS schreibt, dass sich SWEET «hervorragend eignet», um dem Forschungsbedarf gerecht zu werden.

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz schreiben, dass SWEET sehr viele der Empfehlungen aus dem Positionspapier «Energieforschung 2020+ in der Schweiz – Empfehlungen für zukünftige programmatische Finanzierung»³ der erweiterten Energiekommission der Akademien mit Erfolg umgesetzt hat.

Die CORE stellt fest, dass viele ihrer «Empfehlungen zur Energieforschung der Schweiz ab 2021» erfolgreich umgesetzt wurden und dass SWEET ein gutes Zeugnis ausgestellt werden kann. Sie schreibt weiter, dass Rückmeldungen von der CORE und Forschenden angenommen und umgesetzt wurden.

2.3. Rückmeldungen zur Weiterentwicklung von SWEET zu SWEETER

Dass SWEET durch SWEETER weitergeführt wird bzw. dass SWEETER eine Weiterentwicklung von SWEET darstellt, wird von den Kantonen AI, AR, BE, BL, GR, LU, NW, OW, SO, SG, ZG und ZH sowie dem SGB, AGVS-UPSA, den Akademien der Wissenschaft Schweiz, dem ETH-Rat, swissuniversities und TNS begrüsst.

Die Akademien der Wissenschaften Schweiz halten fest, dass kein ersichtlicher Grund besteht, abgesehen von sich aus den bisherigen Erfahrungen ergebenden kleinen Anpassungen, das Instrument zu ändern oder durch andere Instrumente zu ersetzen.

2.4. Rückmeldungen zur Zusammenarbeit mit dem BAFU

Die Zusammenarbeit des BFE mit dem BAFU wird von den Kantonen JU, ZG, der Stadt Zürich, der CORE, dem Schweizerischen Städteverband, auto-schweiz, strasseschweiz, Geothermie Schweiz, TNS sowie dem Centre Patronal begrüsst. TNS meint, dass durch den Einbezug des BAFU eine ganzheitliche Herangehensweise noch besser gewährleistet werden kann. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz begrüssen den Einbezug von Klima- bzw. Emissionsreduktionsfragen.

2.5. Rückmeldungen zur Ansiedlung des Programms beim BFE

Die CORE, der SWR und die Akademien der Wissenschaften Schweiz erachten die Ansiedlung von SWEETER beim BFE als sinnvoll. Die CORE sieht «klare Vorteile» bei der Weiterführung durch das BFE (und starkem Einbezug des BAFU), u. a., weil das Programm durch die federführenden Bundesämter durchgeführt wird und weil damit die Verbindung mit dem Pilot- und Demonstrationsprogramm

² <https://www.innosuisse.ch/inno/de/home/ueber-uns/publikationen/evaluation-foerderprogramme.html>

³ https://scnat.ch/de/uuid/l/8c0cde3c-f83a-57aa-9760-e01648b8bd5-Energieforschungskonzept_2020

des BFE ermöglicht wird. Die Akademien der Wissenschaften Schweiz halten fest, dass das BFE bereits viel Erfahrung mit der Projektevaluation gesammelt hat und deshalb für die Weiterführung «prädestiniert» ist.

Von den in Abschnitt 1.3 des erläuternden Berichts genannten Alternativen ist laut der Universität Basel nur das Nachfolgeprogramm SWEETER überzeugend. Von einer Zusammenlegung mit der Flagship-Initiative der Innosuisse wird explizit abgeraten. Auch die Kantone AG und VS ziehen SWEETER den Alternativen vor.

2.6. Rückmeldungen zur Finanzierung

Die AEE Suisse erachtet den Verpflichtungskredit von 135 Mio. Franken als notwendig und angemessen. Geothermie Schweiz hält fest, dass die für SWEETER beantragten Mittel im Verhältnis zu den Kosten, den Herausforderungen und der Bedeutung der Themen gering sind.

Die CORE merkt an, dass die im erläuternden Bericht beantragte Kompensation in der BFI-Botschaft 2025-2028 angebracht zu sein scheint, da die Mittel nahezu vollständig wieder an Institutionen des ETH-Bereichs, Universitäten und Fachhochschulen zurückfliessen.

Der Kanton VS, der SWR, die Akademien der Wissenschaften Schweiz, der ETH-Rat, die Innosuisse, der SNF sowie swissuniversities sprechen sich gegen eine Finanzierung über die BFI-Botschaft aus. Der Kanton VS schlägt vor, das Budget für den Umwelttechnologiefonds zu erhöhen. Der SWR plädiert dafür, dass der Verpflichtungskredit mit einer Plafonderhöhung des BFE-Budgets für die Ressortforschung einhergeht.

Der SGV ist der Meinung, dass die Vorlage der finanzpolitisch angespannten Lage der Eidgenossenschaft nicht gerecht wird. Die angespannte Finanzlage nennen auch swissuniversities und der SNF: So darf die Genehmigung der für SWEETER vorgesehenen Mittel ihrer Meinung nach auf keinen Fall im BFI-Umfeld kompensiert werden. Reichen die Bundesfinanzen nicht, sind die Konsequenzen laut Innosuisse durch SWEETER zu tragen, sei es durch eine spätere Lancierung, eine Reduktion oder einen Verzicht.

Laut SNF ist es schwer zu verstehen, warum die Kompensation über die BFI-Botschaft erfolgen könnte, während die Kompensation über die Forschung im Rahmen der Ressortforschung des BFE im Bericht mit der Begründung abgelehnt wird, dass es sich dabei nur um einen Transfer handeln würde. Wenn die Bundesfinanzen keine zusätzliche Finanzierung gewähren können, muss das SWEETER-Programm neu überdacht oder sogar bis zum Ende von SWEET verschoben werden.

Der Schweizerische Bauernverband (SBV) unterstützt die Vorlage unter dem Vorbehalt, dass der Verpflichtungskredit zu keiner Kürzung des Agrarbudgets führt.

Der Kanton VS und die Mitte begrüssen, dass bei SWEETER auf eine Aufteilung des Verpflichtungskredits in Tranchen verzichtet wird.

2.7. Rückmeldungen zum Vollzug

Der Kanton Zürich sowie die Mitte empfinden die Vollzugskosten als vergleichsweise hoch.

Der SWR begrüsst den moderaten Ausbau von drei zusätzlichen FTEs für die Geschäftsstelle.

Die FDP und swissuniversities fordern niedrige bürokratische Hürden bzw. schlanke administrative Prozesse. Massnahmen zur externen Qualitätssicherung und Monitoring sollen laut swissuniversities auf ein adäquates Mass zu beschränkt werden bzw. gemäss dem Schweizerischen Ingenieur- und Architektenverein (SIA) reduziert werden. Der Effektivität und der Effizienz von SWEETER soll gemäss Kanton LU ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Der SIA schlägt vor, dass die Grösse der Projektteams im Sinne der Fokussierung und Effizienz zu limitieren.

2.8. Rückmeldungen zu Leitthemen

Allgemeine Rückmeldungen

Der Kanton SG unterstützt die genannten Themen der voraussichtlich acht weiteren Ausschreibungen. TCS und suissetec bemerken, dass Ausschreibungen nicht zu stark ausgeweitet werden sollen, bzw. die Fragestellungen enger gefasst werden sollen, um die Wirkung der limitierten Mittel nicht zu verwässern. Die FDP erachtet es aus finanzpolitischer Sicht als richtig und unabdingbar, dass Prioritäten gesetzt werden und sieht Verbesserungs- und Fokussierungspotenzial.

Suffizienz, Effizienz und nicht-technische Themen

Die SP, der TCS, BirdLife Schweiz, Greenpeace Schweiz und die SES fordern, dass Suffizienz- und Effizienzmassnahmen, marktwirtschaftliche Instrumente und die Partizipation der Bevölkerung berücksichtigt werden. Der Kanton GE bemängelt, dass Suffizienz nicht explizit erwähnt wird.

Gemäss dem Kanton AI sollen die Ausschreibungen und die Förderung so gestaltet werden, dass wirtschaftliche und gesellschaftliche Aspekte sowie Suffizienz vertieft untersucht werden und nicht nur technologielastrige Projekte gefördert werden. Die Themen in SWEETER sollen gemäss Universität Basel überarbeitet und so gestaltet werden, dass sie mit deutlicher Mehrheit auf nicht-technische Aspekte der Energiewende zielen.

Der Kanton VS schlägt soziale Innovationen als Thema vor.

Biodiversität, Umweltauswirkungen und Nachhaltigkeit

Die SP, der TCS, BirdLife Schweiz, Greenpeace Schweiz und die SES fordern, dass die Biodiversität berücksichtigt wird. Der SNF merkt an, dass Umweltauswirkungen berücksichtigt werden müssen. Der Kanton VS sowie der ETH-Rat fordern die stärkere Berücksichtigung von Nachhaltigkeit und Biodiversität.

Zielkonflikte

Der Kanton VS, die SP, der ETH-Rat, der TCS, BirdLife Schweiz, Greenpeace Schweiz und die SES fordern, dass Zielkonflikte untersucht werden.

Mobilität

Der TCS regt an, das Thema Mobilität einzubeziehen. Strasseschweiz fordert Forschungsprojekte zur Dekarbonisierung und dem motorisierten Verkehr. Der AGVS-UPSA schlägt u.a. folgende Themen vor: alternative Antriebstechnologien, Versorgungssicherheit von Strom und anderen Energieträgern und die Verbindung von Fahrzeugen mit dem Stromnetz.

Andere Rückmeldungen

Der Kanton VS schlägt neben Transport und Logistik die Themen soziale Innovationen und unterirdische Speicherung vor.

Die FDP sowie Swissmem und scienceindustries nennen die Dekarbonisierung der Industrie / industrieller Prozesse als mögliches Ausschreibungsthema.

Suissetec nennt die saisonale Speicherung als Thema.

Die SVP bemängelt, dass Kernenergie nicht unter den möglichen Leitthemen erwähnt wird.

Die FDP und Swissmem schlagen die Transportinfrastruktur für Wasserstoff und seine Derivate sowie für CO₂ als Thema vor.

Die Kantone SH und TG sowie die Handelskammer beider Basel fordert, dass die Abscheidung von CO₂ und dessen dauerhafte Speicherung als Thema berücksichtigt werden soll. Die Handelskammer nennt zudem Negativemissionstechnologien als weiteres Thema.

Der Kanton VS und suissetec schlagen die Kreislaufwirtschaft im Gebäudebereich als Thema vor.

Die SP und die Mitte fordern, dass auch Projekte in Zusammenhang mit der Landwirtschaft vorangetrieben werden.

Die Stadt Zürich und der Schweizerische Städteverband meinen, dass die Herausforderungen der Städte angemessen einbezogen werden sollten.

2.9. Rückmeldungen zum Einbezug der Sozial- und Geisteswissenschaften

Der Kanton BS und die Universität Basel bemerken, dass die Hauptherausforderung der Energiewende im sozioökonomischen Bereich liegen. Auch AEE Suisse betont, dass sozialwissenschaftliche Aspekte für das Gelingen der Energiestrategie 2050 generell von enormer Relevanz sind. Wissenslücken bestehen gemäss AEE Suisse insbesondere in den Bereichen: Akzeptanz durch Bürgerbeteiligung, Suffizienzförderung und Policy-Evaluation bzw. Wirkungsmessung.

Der Kanton GE hält fest, dass Verhaltensänderungen in der Schweiz noch nicht ausreichend untersucht worden sind, ebenso wie die Wirksamkeit von Lenkungsabgaben und anderen sozioökonomischen Anreizen. Die Kantone AI und BL sowie die Universität Basel erachten es als sinnvoll, im Rahmen der Ausschreibungen neben den technischen und wirtschaftlichen explizit auch die sozialen Aspekte, die mit den aufgeführten Themen in Zusammenhang stehen, zu berücksichtigen.

Die Bedeutung der Mitwirkung der Geistes- und Sozialwissenschaften wird auch von der SP, dem ETH-Rat und dem Kanton Zürich betont.

Auch swissuniversities fordert, dass den Sozial- und Geisteswissenschaften und transdisziplinären Strategien ausreichend Platz eingeräumt wird. Die Bearbeitung von Herausforderungen im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Umsetzung bildet die Voraussetzung dafür, dass die Energiewende effektiv vorangetrieben werden kann.

Der Kanton SG unterstützt den Anspruch, dass die Resultate rasch Wirkung in Gesellschaft und im Markt zeigen sollen und deshalb eine wesentliche Beteiligung der Sozial- und Geisteswissenschaften verlangt wird.

2.10. Rückmeldungen zum Einbezug der Privatwirtschaft

Der Kanton LU schlägt vor, kleinere Konsortien unter Einbindung der Wirtschaft zu ermöglichen. Die FDP fordert allgemein den Einbezug der Wirtschaft sowie eine breite Beteiligung von KMU.

Strasseschweiz ist der Meinung, dass relevante Akteure aus der Privatwirtschaft nicht genügend involviert sind und sieht dabei ein Risiko, dass die Forschungsprojekte nicht genügend praxisnah und umsetzbar sind. Für AEE Suisse, suissetec, strasseschweiz, den AGVS-UPSA und auto-schweiz ist es von Bedeutung, dass zukünftig Entscheidungsträger aus den betroffenen Wirtschaftszweigen bei den Ausschreibungen involviert oder konsultiert werden. Der AGVS, strasseschweiz und auto-schweiz schlagen deswegen vor, dass sich betroffene Branchen mit einer Begleitgruppe aus der Privatwirtschaft oder eine ausserparlamentarische Kommission, sprich einem Einsitz im Auswahlverfahren, gezielter einbringen könnten. FER spricht sich ebenfalls für eine stärkere Förderung der Beteiligung der Privatwirtschaft aus.

2.11. Rückmeldungen zum Wissens- und Technologietransfer

Der Kanton GE, der VCS, BirdLife Schweiz, Greenpeace Schweiz, die SES, AEE Suisse und die SP ersuchen das BFE, dass die Wissenschaftskommunikation und dem Wissenstransfer in die Politik, Ge-

sellschaft und Wirtschaft von Anfang an ausreichend Rechnung getragen wird. Auch die Mitte betont die grosse Bedeutung des Transfers von Wissen in die Politik, die öffentliche Verwaltung und die breite Öffentlichkeit.

Suissetec fordert, dass der Transfer in die Industrie und die Umsetzung der Resultate mehr Gewicht bekommt. Der SIA meint, dass die Einbindung der Praxis gestärkt werden soll und der Rückfluss der Projektergebnisse in die Praxis sichergestellt werden muss.

2.12. Weitere Rückmeldungen

Der ETH-Rat fordert einen starken Fokus auf angewandte Forschung sowie Pilot- und Demonstrationsanlagen.

Seitens auto-schweiz, TCS, strasseschweiz wird eine Technologieneutralität verlangt, strasseschweiz verlangt zudem eine Verkehrsmittelneutralität.

Swissmem und die FDP merken an, dass neue Technologien nicht nur verfügbar, sondern auch wirtschaftlich tragbar sein müssen. Die FDP ist weiter der Meinung, dass funktionierende Geschäftsmodelle evaluiert werden und in die Diskussionen der Rahmenbedingungen einfließen müssen. Der Kanton ZH meint, dass die Rolle der Finanzmärkte berücksichtigt werden sollten.

Wegen der weiterhin fehlenden Assoziierung der Schweiz an Horizon Europe wäre gemäss Akademien der Wissenschaften Schweiz zu überlegen, ob man nicht auch den Einbezug ausländischer Fachexperten und Fachexpertinnen ermöglichen könnte.

Der Kanton BS schlägt vor, dass Ressourcen für die initiale Vernetzungsarbeit zur Verfügung gestellt werden.

Der Kanton BE meint, dass die Kantone über die EnDK und BPUK bzw. EnFK und KVU einbezogen werden sollten. Der Kanton ZH schlägt vor, die Akademien einzubeziehen.

3. Abkürzungsverzeichnis

AEE Suisse	Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
AGVS-UPSA	Auto Gewerbe Verband Schweiz
AG	Kanton Aargau
AI	Kanton Appenzell Innerrhoden
AR	Kanton Appenzell Ausserrhoden
BE	Kanton Bern
BL	Kanton Basel-Landschaft
BS	Kanton Basel-Stadt
BPUK	Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz
CORE	Eidgenössische Energieforschungskommission
EnDK	Konferenz Kantonaler Energiedirektoren
EnFK	Energiefachstellenkonferenz
ENHK	Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission
ETH-Rat	Rat der Eidgenössischen Technischen Hochschulen
FDP	FDP Die Liberalen
FER	Fédération des Entreprises Romandes
FR	Kanton Freiburg
GE	Kanton Genf
GLP	Grünliberale Partei Schweiz
GR	Kanton Graubünden
Innosuisse	Schweizerische Agentur für Innovationsförderung
JU	Kanton Jura
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
KVU	Konferenz der Vorsteher der Umweltschutzämter
LU	Kanton Luzern
NE	Kanton Neuenburg
NW	Kanton Nidwalden
OW	Kanton Obwalden
SBV	Schweizerischer Bauernverband
SCCER	Swiss Competence Centers for Energy Research
SES	Schweizerische Energie-Stiftung
SG	Kanton St. Gallen
SGB	Schweizerischer Gewerkschaftsbund
SGV	Schweizerischer Gewerbeverband
SH	Kanton Schaffhausen
SIA	Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein
SNF	Schweizerischer Nationalfonds
SO	Kanton Solothurn
SP	Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Suissetec	Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband
SVP	Schweizerische Volkspartei
SWR	Schweizerischer Wissenschaftsrat
SZ	Kanton Schwyz
TG	Kanton Thurgau
TCS	Touring Club Schweiz
TI	Kanton Tessin
TNS	Thermische Netze Schweiz
UR	Kanton Uri
VCS	Verkehrs-Club der Schweiz
VD	Kanton Waadt
VS	Kanton Wallis
ZG	Kanton Zug
ZH	Kanton Zürich

4. Liste der Vernehmlassungsteilnehmenden

Kantone und Städte

Kanton Aargau
Kanton Appenzell Ausserrhoden
Kanton Appenzell Innerrhoden
Kanton Basel-Landschaft
Kanton Basel-Stadt
Kanton Bern
Kanton Freiburg
Kanton Genf
Kanton Graubünden
Kanton Jura
Kanton Luzern
Kanton Neuenburg
Kanton Nidwalden
Kanton Obwalden
Kanton Schaffhausen
Kanton Schwyz
Kanton Solothurn
Kanton St. Gallen
Kanton Tessin
Kanton Thurgau
Kanton Uri
Kanton Waadt
Kanton Wallis
Kanton Zug
Kanton Zürich
Stadt Zürich

In der Bundesversammlung vertretene politische Parteien

Die Mitte
FDP Die Liberalen
Grünliberale Partei Schweiz
Schweizerische Volkspartei
Sozialdemokratische Partei der Schweiz

Kommissionen und Konferenzen

Eidgenössische Energieforschungskommission CORE
Eidgenössische Natur- und Heimatschutzkommission ENHK
Schweizerischer Wissenschaftsrat SWR

Gesamtschweizerische Dachverbände der Gemeinden, Städten und Berggebiete

Schweizerischer Städteverband

Gesamtschweizerische Dachverbände der Wirtschaft

Schweizerischer Bauernverband
Schweizerischer Gewerbeverband
Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Elektrizitätswirtschaft

Industrie- und Dienstleistungswirtschaft

Fédération des Entreprises Romandes
Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverein

Verkehrswirtschaft

Auto-Schweiz
Autogewerbeverband der Schweiz
Strasseschweiz – Verband des Strassenverkehrs
Touring Club Schweiz
Verkehrs-Club Schweiz

Gebäudewirtschaft

Schweizerisch-Liechtensteinischer Gebäudetechnikverband

Konsumentenorganisationen

Umwelt- und Landschaftsschutzorganisationen

BirdLife Schweiz
Greenpeace Schweiz

Organisationen der Wissenschaft

Akademien der Wissenschaften Schweiz
ETH-Rat
Schweizerischer Nationalfonds
Swissuniversities

Organisationen der Bereiche Cleantech, erneuerbare Energien und Energieeffizienz

AEE Suisse Dachorganisation der Wirtschaft für erneuerbare Energien und Energieeffizienz
Geothermie Schweiz
Thermische Netze Schweiz

Weitere energiepolitische und energietechnische Organisationen

Schweizerische Energiestiftung

Weitere Vernehmlassungsteilnehmende

Centre Patronal
Handelskammer beider Basel
Innosuisse - Schweizerische Agentur für Innovationsförderung
Universität Basel

Total: 62